



Arbeitsgesetz: Bundesrat stösst Spitalpersonal vor den Kopf

Das Spitalpersonal appelliert an den Bundesrat, die Aufweichung des Gesundheitsschutzes zurückzunehmen. Über 40'000 Menschen unterzeichneten in kürzester Zeit die Petition. Doch der Bundesrat stellt sich taub.

Der Entscheid des Bundesrates vom vergangenen Freitag, die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitsgesetzes in den mit COVID-PatientInnen überlasteten Spitälern mit sofortiger Wirkung auszusetzen, hat das Spitalpersonal und die Bevölkerung mobilisiert.

Der VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) hat Anfang Woche eine Online-Petition lanciert, welche den Bundesrat auffordert, seine Entscheidung rückgängig zu machen.

In knapp zwei Tagen unterzeichneten schweizweit über 40' 000 Menschen diesen Appell und setzten damit ein deutliches Zeichen für den Schutz des Spitalpersonals. Sie alle haben verstanden, dass der Schutz des Personals eine wichtige Voraussetzung ist für den Schutz von uns allen.

Bei der heutigen Pressekonferenz gab Bundesrat Parmelin sogar auf konkrete Nachfragen nur ausweichende Antworten zu diesem Thema. Der Appell von 40'000 Personen zum Schutz des Spitalpersonals stiess auf taube Ohren. Der Bundesrat weigert sich, den gesetzlichen Rahmen des Arbeitsgesetzes zum Schutz des Spitalpersonals beizubehalten.

Diese Entscheidung hat zur Folge, dass das Spitalpersonal mehr als 60 Stunden pro Woche dem Virus ausgesetzt sein kann: Die Risiken, schwer zu erkranken, sind enorm. Gleichzeitig ist die Situation in Bezug auf die Schutzausrüstung bei weitem nicht für alle Gesundheitsteams zufriedenstellend, sei es in Krankenhäusern, Alters- und Pflegeheimen oder in der häuslichen Pflege.

Der VPOD kämpft weiter für den Schutz des Gesundheitspersonals.

Weitere Auskünfte:

Elvira Wiegers, Zentralsekretärin Gesundheit.

Elvira Wiegers.

VPOD Schweiz, 26.3.2020.

Personen > Wiegers Elvira. Coronavirus.. Pflegepersonal. VPOD Schweiz, 2020-03-26